

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

martin.kocher@bma.gv.at
+43 1 711 00-0
Taborstraße 1-3, 1020 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.520.233

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7489/J-NR/2021

Wien, am 21. September 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm und weitere haben am 21.07.2021 unter der **Nr. 7489/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Ombudsstelle Arbeitsinspektorat und Corona-Maßnahmen 2020/2021 im Bundesland Oberösterreich** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend darf ich darauf hinweisen, dass die Ombudsstelle der Arbeitsinspektion im Jahr 2017 eingerichtet wurde und die zentrale Anlaufstelle für Beschwerden in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Arbeitsinspektion ist. Für betriebsbezogene Fragestellungen stehen den Beschäftigten und Betrieben die zuständigen Arbeitsinspektorate zur Verfügung.

Sollten die Arbeitsinspektorate für Themen (z.B.: Schwarzarbeit, Entlohnung, Gewerbeamt) nicht zuständig sein, werden die Bürgerinnen und Bürger immer an die zuständigen Stellen weitergeleitet (z.B.: Finanzamt, Fremdenpolizei, Bezirksverwaltungsbehörden). Diese Einbringen wurden (mangels Zuständigkeit) in die zahlenmäßigen Angaben nicht aufgenommen.

Zur Frage 1

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die Ombudsstelle Arbeitsinspektorat bundesweit seit dem 1.1.2020 insgesamt gestellt?*

Bundesweit für das Jahr 2020: 11 Beschwerden und 42 Ansuchen um Information

Bundesweit bis 30. Juni 2021: 9 Beschwerden und 22 Ansuchen um Information

Zur Frage 2

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die Ombudsstelle Arbeitsinspektorat seit dem 1.1.2020 für das Bundesland Oberösterreich insgesamt gestellt?*

Für Oberösterreich für das Jahr 2020: 0 Beschwerden und 2 Ansuchen um Information

Für Oberösterreich bis 30. Juni 2021: 1 Beschwerde und 1 Ansuchen um Information

Zur Frage 3

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die Ombudsstelle Arbeitsinspektorat im inhaltlichen Zusammenhang mit politischen und rechtlichen Corona-Maßnahmen seit dem 1.1.2020 für das Bundesland Oberösterreich insgesamt gestellt?*

Für Oberösterreich für das Jahr 2020: 0 Beschwerden und 0 Ansuchen um Information

Für Oberösterreich bis 30. Juni 2021: 0 Beschwerden und 0 Ansuchen um Information

Zur Frage 4

- *Welche anderen politischen und rechtlichen Maßnahmen haben diese Ansuchen an die Ombudsstelle Arbeitsinspektorat seit dem 1.1.2020 für das Bundesland Oberösterreich umfasst?*

Die Ombudsstelle ist die zentrale Anlaufstelle für Beschwerden in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Arbeitsinspektion. Für betriebsbezogene Fragestellungen stehen den Beschäftigten und Betrieben die zuständigen Arbeitsinspektorate zur Verfügung.

Zur Frage 5

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die Ombudsstelle Arbeitsinspektorat im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*

Die Ombudsstelle der Arbeitsinspektorate wurde im März 2017 eingerichtet. Seit der Einrichtung wurden folgende Ansuchen um Information (Anfragen aller Art) und

Rechtsschutz (Beschwerden über die Tätigkeit der Arbeitsinspektorinnen und Arbeitsinspektoren) an die Ombudsstelle gerichtet:

Für Österreich im Jahr 2017: 13 Beschwerden; Anzahl der Ansuchen um Information nicht erfasst

Für Österreich im Jahr 2018: 8 Beschwerden; Anzahl der Ansuchen um Information nicht erfasst

Für Österreich im Jahr 2019: 7 Beschwerden; 49 Ansuchen um Information

Zur Frage 6

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die Ombudsstelle Arbeitsinspektorat im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 für das Bundesland Oberösterreich insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*

Seit der Einrichtung der Ombudsstelle wurden folgende Ansuchen um Rechtsschutz (Beschwerden über die Tätigkeit der Arbeitsinspektorinnen und Arbeitsinspektoren) an die Ombudsstelle gerichtet:

Für Oberösterreich im Jahr 2017: 1 Beschwerde

Für Oberösterreich im Jahr 2018: 1 Beschwerde

Für Oberösterreich im Jahr 2019: 1 Beschwerde

Ansuchen um Information (Anfragen aller Art) wurden in diesen Jahren nicht bundesländerweise erfasst.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

